

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 47 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bruden-
straße 106 .: Telefon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 24. November 1916

Inhalt. Beitragsleistung. — Weihnachtsunter-
stützung! — Kriegsarbeitspflicht. — Beschlagnahme von
Ra. Stellen — eine Gefahr für die Lederwarenindustrie. —
S. Nachtrag zum Reichst. für das Leder- und Schuh-
gewerbe Deutschlands. — Was unserem Beruf. — Soziales.
— Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung
des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. November bis 2. De-
zember 1916 ist der 48. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Weihnachtsunterstützung!

Indem wir die Ortsverwaltungen auf die Be-
kanntmachung des Ausschusses und des Vorstandes
in Nr. 40 dieser Zeitung, betreffend Familienunter-
stützung aus Mitteln der Hauptkasse, hinweisen, er-
innern wir daran, daß zum Empfange dieser Unter-
stützung nur Frauen der verheirateten Mitglieder
berechtigt sind, sofern diese vor dem 1. September
1916 zum Heeresdienst eingezogen wurden und bis
zum Tage der Einberufung mindestens 26 Wochen-
beiträge in unseren Verband bezahlt haben. In den
Fällen, wo die Eingezogenen mit ihren Verbands-
beiträgen länger wie fünf Wochen und mit den
Monatsbeiträgen mehr wie mit einer Marke im
Rückstand sind, darf Unterstützung nicht ausbezahlt
werden.

Unter denselben Voraussetzungen erhalten Eltern
lediger Mitglieder eine Unterstützung, wenn diese
für den Eingezogenen einen staatlichen Unter-
stützungsschein besitzen.

Wer vom Militär beurlaubt ist und sich in
einem privaten Arbeitsverhältnis befindet, erhält
keine Unterstützung.

Die Unterstützung beträgt für die Frauen der
oben näher bezeichneten Mitglieder in den Fällen,
wo das Mitglied vor dem 1. August 1914 in den
Verband eingetreten ist, 9 Mk., und für die Mit-
glieder, die seit dem 1. August 1914 (also während
des Krieges) eingetreten sind, 6 Mk.

Um Weiterungen zu vermeiden, ist es gut,
wenn diese Vorschriften vor Einsendung der Aus-
zahlungslisten genau beachtet werden.

Der Vorstand.

Kriegsarbeitspflicht.

Vor mehreren Tagen veröffentlichte die ge-
saunte Tagespresse Auszüge einer Unterredung
zwischen v. Hindenburg und einem österreichischen
Pressevertreter, in denen der Ausspruch des
Generalfeldmarschalls, daß alle verfügbaren
Arbeitskräfte im Dienste der Verteidigung des
Vaterlandes gestellt werden müssen, am be-
achtenswertesten war. Schon damals konnte man
darauf schließen, daß dieser Ausspruch ein Aus-
fluß von einer in Vorbereitung begriffenen

Gesetzesvorlage ist, nach der unter Hintenan-
setzung aller Sonderinteressen mit vermehrtem
Aufwand für den Kriegsbedarf und für die Land-
wirtschaft gearbeitet werden müsse.

In einem längeren Artikel im „Berliner
Tageblatt“ sprach sich der Vorsitzende des Vor-
standes der Berliner Landesversicherungsanstalt
Herr Dr. Richard Freund für einen
Zwang zur Dienstleistung für beide
Geschlechter aus und wies darauf hin, wie wichtig
es sei, daß die Stärkung der militärischen Front
nicht zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen
Front führe. Es müsse rechtzeitig Vorjorge ge-
troffen werden, daß für die zum Heere Einge-
zogenen Ersatz geschaffen werde dadurch, daß die
brachliegenden Arbeitskräfte vermehrt würden.
Wie er sich das denkt, sagt er in folgenden
Sätzen:

„Bei verstärkten Einziehungen zur Fahne wer-
den besonders die behördlichen und privaten Bureau-
betriebe aller Art in Mitleidenschaft gezogen werden;
die Industrie, insbesondere die Kriegsindustrie, muß
in ihren Arbeiterbeständen möglichst geschont werden,
sie wird daher für den Ersatz wenig oder gar nicht in
Betracht kommen.

Für die männliche Arbeiterschaft ist . . . durch
weibliche Arbeitskräfte in umfangreichem Maße Er-
satz geschaffen worden; auch weiterhin wird das
weibliche Arbeiterreservoir beim Ersatz
der männlichen Arbeitskräfte eine große Rolle
spielen.

Für die Kopfarbeiter muß aber auf ein weiteres
Reservoir zurückgegriffen werden: Auf alle un-
beschäftigten, noch leistungsfähigen
Personen, ohne Unterschied des Ge-
schlechts. Ich denke hier, abgesehen von den
Frauen, an das Heer von pensionierten unteren und
höheren Beamten, von pensionierten Offizieren aller
Grade; des Weiteren kommen in Betracht die Men-
tians und unbeschäftigten oder infolge des Krieges
beschäftigungslos gewordenen Personen aller Stände.

Wenn unsere Feldfrauen unter größten Ent-
behrungen und Anstrengungen ihr Leben ständig aufs
Spiel setzen und mit ihren Leibern die Wirtschaft-
front decken, so kann wohl jedem Deutschen hinter
der Front zugemutet werden, das, was er an Arbeits-
kraft besitzt, zur Stärkung der wirtschaftlichen Front
herzugeben.

Ich sehe der militärischen Dienstpflicht die ziv-
ile Dienstpflicht gegenüber und meine, daß
mit der Einführung derselben nur ein Akt aus-
gleichender Gerechtigkeit geschaffen werden wird.

Die unterste Altersgrenze könnte das 16., die
oberste das 65. Lebensjahr — die gesetzliche
Altersgrenze bilden. Personen, die bereits eine
regelmäßige Beschäftigung haben, sollen natürlich in
der Regel in derselben verbleiben, auch sollen be-
sondere Wünsche in der Art der Beschäftigung mög-
lichst berücksichtigt werden. Aber wenn es nicht an-
ders geht, muß der Zwang zur Tätigkeit in
einer bestimmten Stellung eintreten.

Ich habe bereits früher im „Berliner Tageblatt“
auf das Beispiel des Privatdozenten, der Schipper-
dienste tut, und des Oberlehrers, der Sanitätshunde
führt, hingewiesen. Das sind keine Phantasiegebilde,
sondern es ist nackte Wirklichkeit. Genau ebenso
muß im Zivildienst verfahren werden: niemand darf
sich für irgendeine Arbeitsleistung für zu „gut“

halten. Der pensionierte Amtsrichter wird in den
Bureaus von Rechtsanwälten oder von Behörden noch
gute Dienste leisten, der Geheime Regierungsrat in
Bureaustellungen von Banken, die Umsicht und be-
sonderes Vertrauen erfordern, so mancher Künstler
in Handwerksbetrieben Verwendung finden können.
Daß jede Arbeitsleistung mit den üblichen Gehalts-
und Lohnsätzen vergütet werden muß, erscheint selbst-
verständlich.

Vor allem müssen aber der Kriegsindu-
strie und den Bureaus der Kriegsein-
richtungen die erforderlichen Arbeitskräfte zu-
geführt werden. . . .

Raum hat dieser Artikel die Druckpresse ver-
lassen, so wurde durch das W. T. B. ein Au-
ruf an die jungen, kräftigen Krie-
gerfrauen verbreitet, in dem zunächst das
englische Beispiel — in einzelnen Geschloßfabriken
soll die Belegschaft bis zu 95 Proz. Frauen be-
tragen — hervorgehoben wird, um dann zu
sagen:

„Auch unsere deutschen Frauen haben schon
Mühliches auf Gebieten geleistet, auf denen man
früher die Frauenarbeit für unmöglich hielt. Un-
sere Industrie und namentlich unsere Landwirtschaft
verdanken ihre bewundernswerten Leistungen zum
guten Teil der Frauenarbeit, aber noch viel,
viel mehr ist zu tun!

Es ist vaterländische Pflicht jeder deutschen
Frau, ob verheiratet oder nicht, sich ernstlich die
Frage vorzulegen, ob sie nicht auch ihre Kräfte im
allgemeinen Interesse nutzbar machen kann, sofern
das ihre häuslichen und gesundheitlichen Verhält-
nisse irgendwie zulassen. Besonders fehlt es an
jüngeren, kräftigen Frauen für die
Kriegsindustrie, und gerade hier ist manchmal die
bedauerliche Beobachtung gemacht, daß namentlich
jüngere, kriegsgetraute Frauen, die
bislang für die Rüstungsindustrie arbeiteten, es als
„Kriegerfrauen“ nicht mehr nötig zu haben glauben,
weiter zu arbeiten! Sie nehmen einfach die Unter-
stützungen von Staat und Gemeinde in Anspruch
und bedenken nicht, wie sehr das Vaterland jetzt auch
ihrer Arbeitskräfte bedarf und welche höheren Ver-
dienste und größere innere Befriedigung sie erzielen,
wenn sie sich wieder der praktischen Arbeit widmen.
Auch der alte törichte Kastengeist spielt oft
mit. Manche Frau hält es unter ihrer Würde, „in
die Fabrik“ zu gehen, obwohl Arbeiter und Ar-
beiterinnen in der Fabrik oft genau so wichtig und
für unseren Sieg sind wie der Soldat draußen im
Feld. Darum auf, ihr deutschen Frauen, die ihr
gesunde Hände und Arme habt und nicht durch häus-
liche Pflichten gefesselt seid, auf in die Kriegs-
industrie, wo eure Arbeit dem Vaterlande und
auch selbst Segen bringt!“

Nun hat der Chef des neugeschaffenen
Kriegsamts Herr General Gröner vor Presse-
vertretern einen Vortrag über die Aufgaben
des Kriegsamts und insbesondere über die
Zivildienstpflicht gehalten, in welchem
er besonders darauf hinwies, daß es sich um die
Versorgung des Feldheeres mit Munition und
Waffen handele, wozu eine Organisierung der
Arbeitskräfte dringend nötig sei.

Diese Hauptaufgabe wird dem Kriegs-
arbeitsamt zufallen, das je nach dem Be-
dürfnis ausgebaut werden soll. Ihm sollen zu-

nächst die Gruppen unterstehen, die sich mit den organisatorischen und allgemeinen Arbeiterfragen beschäftigen werden. Die bisherigen Abteilungen für Erziehung im Kriegsministerium werden dem Arbeitsamt angegliedert. Das Amt selbst soll in seinen Unterabteilungen mit Technikern besetzt und Arbeitnehmer sollen in allen Arbeiterfragen zur Mitarbeit gezogen werden.

Das wichtigste und interessanteste ist natürlich das Gesetz selbst, das dem Kriegsamt die Handhabe für seine Tätigkeit geben soll. Dieses Gesetz hat der Bundesrat noch nicht passiert, und seine Gestalt schwankt noch in unbestimmten Linien. Die Frauen, heißt es, sollen von ihm nicht getroffen werden, die oberste Altersgrenze für Männer wird verschieden mit 60 und 65 Jahren angegeben. Der Grundgedanke des Gesetzes steht aber fest, das ist die allgemeine Arbeitspflicht.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu:

„Das Wort ist gefallen: „Der ganze Krieg wird mehr und mehr zu einer Arbeiterfrage“. In dieser Arbeiterfrage müssen auch die Arbeiter zuerst gehört werden. Wie oft ist ihren Vertretern im Reichstage bei viel bescheideneren Reformen, die sie beantragten, gesagt worden, sie verlangen „einen Sprung ins Dunkle“! Wie oft ist ihnen vorgeworfen worden, sie wollten „das Bestehende umstürzen“ und erstrebten den „sozialistischen Zuchtstausstaat“! Jetzt sind es die Arbeiter, die ihre Bedenken geltend machen müssen gegen eine überstürzte Durchführung dessen, was ihre Gegner bisher als die letzten Forderungen der Arbeiterklasse ausgegeben haben.

Die Sozialdemokratie verlangt die Organisation der Produktion im allgemeinen Volksinteresse, das Zurückstellen aller Einzelinteressen hinter das Gesamtinteresse. Aber ihr Friedenssozialismus ist doch etwas ganz anderes als der „Kriegssozialismus“ von heute, denn er erstrebt eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltung, während der Kriegssozialismus eine entgegengegesetzte Wirkung nicht ausschließt. Die Arbeiter werden nur einer solchen Lösung des Problems zustimmen können, die sie vor einer Verschlechterung ihrer Lebenslage schützt.

Wie haben schon ausgeführt, daß der Arbeitszwang für Müßiggänger etwas ganz anderes ist als der Arbeitszwang für Arbeiter. Im ersten Fall ist er ein Zwang zur Arbeit überhaupt, im zweiten ein Zwang zu bestimmter Arbeit. Ein Zwang, besser lohnende Arbeit aufzugeben und sie mit schlechter lohnender zu vertauschen, ein Zwang, auf besser lohnende Arbeit zu verzichten und bei der schlechter lohnenden zu verbleiben, darf nicht ausgeübt werden!

Bei einer entsprechenden Organisation wird auf die Ausübung des Zwanges überhaupt so gut wie ganz verzichtet werden können.

Zu dem bedarf es tätiger Mitarbeit der Gewerkschaften, denen alle Arbeiter angegliedert werden sollten. Dann kann die Organisation der Arbeiterselbstverwaltung zu entsprechenden Bedingungen Kräfte überall dorthin vermitteln, wo sie gebraucht werden. Je besser der Lohn, die allgemeinen Arbeitsbedingungen, die Unterkunft, die Ernährung, die Sicherung der etwa zurückbleibenden Familie, desto sicherer wird mit der Wahrung der notwendigen Freiwilligen zu rechnen sein. Bleiben sie trotz alledem aus, so können die organisierten Arbeiter — ähnlich wie bei Streiks, wo zunächst die Unberuferten abreißen — selbst aus ihrer Mitte diejenigen bestimmen, die dem Rufe nach der neuen Arbeitsstelle zu folgen haben.

Zwang zum Arbeitswechsel oder Verhinderung des Arbeitswechsels sollte niemals erfolgen dürfen, ohne daß dem Arbeiter Gelegenheit zum Einspruch gegeben wird. Ueber diesen Einspruch müßten Schiedsgerichte entscheiden, in denen der Arbeiterstandpunkt zu ausgiebiger Vertretung gelangt. Ebenso müßten Schiedsgerichte über alle Streitigkeiten entscheiden, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben.

Bis zu einem gewissen Grade werden hier die in der Metallindustrie bereits bestehenden Einrichtungen als Vorbild dienen können.

Man wird sich in der Regierung und im Reichstag klar darüber sein müssen, daß Arbeiterinteressen und Produktionsinteressen vollständig gleichlaufen. Die Ware Arbeitskraft unterscheidet sich eben von anderen Waren dadurch, daß sie sich nicht einfach beschlagnahmen läßt. Sie ist nichts Totes, Stoffliches, sondern etwas Menschlich-Persönliches. Die militärische Disziplin kann wohl die einfachen Verrichtungen des Kriegshandwerks regulieren, nicht aber den komplizierten Aufbau hochwertiger Qualitätsarbeit. Ein Versuch, die gesamte Wirtschaft einfach mit dem Korporalstock zu regieren, würde eine

Verschlechterung und Verminderung der Produktion zur Folge haben.

Daß heute wir Sozialisten vor einer mißverständlichen und verzerrten Anwendung sozialistischer Prinzipien warnen müssen, zeigt den ungeheuren Wandel der Zeit. Die grundsätzliche Anerkennung der Arbeitspflicht durch den Staat, einer Arbeitspflicht, die sich auf die wohlhabenden Schichten erstrecken soll, bedeutet einen solchen Umschwung des Denkens, daß alle kommenden Umwälzungen der Wirtschaftsordnung in ihr schon im Kern enthalten sind. Alles was uns in der Polemik der Vorkriegszeit als Schattenseiten einer sozialistischen Ordnung breit entgegengestellt wurde, alles das erleben wir jetzt. Eugen Richters Frage, wer im „Zukunftstaat“ die Stiefel putzen soll, wird im Felde mit überraschender Einfachheit gelöst. Die Vereinfachung der Produktion, unter Außerachtlassung „individuellere“ Neigungen, die rationalistische Zuteilung der wichtigsten Lebensmittel haben wir schon und bekommen sie immer mehr zu spüren. Und zu alledem kommt jetzt die grundsätzliche Einführung der Arbeitspflicht. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ Zu befürchten haben wir vom Sozialismus, was wirklichen Sozialismus also gar nichts mehr; wir haben nur von ihm zu hoffen!

Bevor der Bundesrat sich entschließt, einen Gesekentwurf mit so tief einschneidender Wirkung für das gesamte Wirtschaftsleben dem Reichstage vorzulegen, sollte er doch die Frage erwägen, ob es nicht angängiger wäre, die große Zahl nur garnisondienstfähiger, gelehrter, für die Kriegsindustrie geeigneter Arbeitskräfte freizustellen, und zwar nach der Methode: „Der richtige Mann am richtigen Platz“, was ja unter sachmännlicher Mitwirkung möglich ist.

Sollte es dennoch zu einem Dienstpflichtgesetz kommen, so werden die Gewerkschaften bei der Organisation der Arbeit eine außerordentliche Tätigkeit zu entwickeln haben, um einerseits den Ansprüchen des Kriegsbedarfs und der Landwirtschaft zu genügen, andererseits um darauf zu achten, daß der Friedensindustrie immer noch so viel Arbeitskräfte erhalten bleiben, welche es ermöglichen, wenigstens einigermaßen die Uebergangswirtschaft nach dem hofentlich bald eintretenden Kriegsende zu sichern.

Ferner sind Sicherheiten zu schaffen, daß nicht (bei Frauen) die Unterstützung derart „ge-regelt“ wird, daß sie lohnrückend wird.

Sollen die Gewerkschaften ihre Zustimmung zu dem Kriegs-Hilfsdienstgesetz geben, so ist Vor-sorge zu treffen, daß der Arbeitszwang für Drückeberger nicht dazu führt, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, und daß die, die schon bisher ihre Arbeit leisteten, in ihrem Recht und in ihrer Freiheit nicht verkürzt werden.

Beschlagnahme von Kalbfellen — eine Gefahr für die Lederwaren-industrie.

In anderer Stelle dieser Zeitung bringen wir einen vor wenigen Wochen in der Fachpresse erschienenen Aufsatz über Rückblick und Ausblick in der Lederwarenindustrie, der von den besten Aus-sichten für die Zukunft getragen ist. Leider scheint die Beschlagnahme aller Feinlederarten alle Hoff-nungen zu zerstören. In unsern vorwöchigen Zeit-artikel haben wir die drohenden Gefahren bereits angedeutet, heute sei noch ergänzend eine uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangene Zus-chrift auszugsweise hier wiedergegeben. Es heißt darin u. a.:

„Bei Ausbruch des Krieges hatte es den An-schein, als ob es der deutschen Lederwarenindustrie an den Krügen gehen sollte. Jedoch schon nach weni-gen Wochen war die Krise überwunden. Das erste Kriegswirtschaftsgeschäft übertraf alle Erwartungen und hat der den Kriegsverhältnissen entsprechend günstige Geschäftsgang bis auf den heutigen Tag an-gehalten. Es wird der größten Anstrengungen be-dürfen, um alle vorliegenden Aufträge einigermaßen befriedigen zu können.

Der nach und nach eingetretene Materialmangel wurde durch Verwendung geeigneter Ersatzstoffe be-hoben, ohne die Qualität der Fabrikate zu verschlech-tern. Besonders in dem vielbegehrten Artikel Damentaschen wurde das Futterleder durch farben-lose Seidenstoffe ganz verdrängt. Weisungsbügel werden durch lederübergogene Eisenbügel, deren Ver-schluß feuervergoldet ist, vollaus ersetzt. Vor allem sind die neuen Modelle erstaunlich schön geraten. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der qualifizierten

Arbeiter um zwei Drittel gegen die Friedenspräsenz gestunken und zum Teil von wenig oder ungeübten Arbeiterinnen ersetzt worden ist, so kommt man aus der Verwunderung über die Vielgestaltigkeit der Formen nicht heraus. Zu beachten ist dabei noch, daß die aus früheren Zeiten gewohnten Lederorten der Fabrikation nicht mehr zur Verfügung stehen. Insbesondere fehlt neben Seehund und Saffian das so vielbegehrte antike Hindleder. An dessen Stelle ist oft Kalblleder getreten, was durchaus allen An-sprüchen in Griffigkeit und Verarbeitbarkeit ent-spricht. Auch echt Krokodil- und Adlerleder wird zurzeit viel verwendet. Besonders gefällig sind die verschiedensten Faltentaschen und ganz glatte aus einem Stück Leder gefertigte, deren obere Kanten über den Bügel gezogen sind. Diese Mani-pulation erfordert eine ganz besondere Geschick-lichkeit der ausführenden Hand. Mit einem Wort ge-sagt, die neuen Musterkollektionen in allen Arten von Lederwaren überraschen den Fachmann und setzen den Laien in Erstaunen. Es ist daher sehr er-freulich, wenn die jetzt erzielten Umsätze und Ver-dienste den Schwierigkeiten und Anstrengungen in der Fabrikation entsprechen und einen günstigen Ausblick für die Zukunft gewähren. Ja, gewähren, aber jetzt im völligen Verdunkeln begriffen sind.

Der stetig anhaltende Mehrbedarf an Leder für Heereszwecke und Fußbekleidung legt der Regierung die Pflicht auf, sich alle Häute, Felle und Leder zu sichern und für Privatverbrauch nur das freizugeben, was sie gar nicht verwenden kann. Dazu ge-hörten bis vor kurzem Schaf-, Ziegen- und leichte Kalbfelle, von denen die Schaffelle zuerst der Be-schlagnahme verfielen. Jetzt sind auch die leichten Kalbfelle von dieser Maßnahme betroffen. Bei Ziegenfellen macht sie sich überflüssig, weil insolge der Transport-schwierigkeit ostindische Ziegen über-haupt nicht mehr hereinkommen. In Sachkreisen herrscht nun die leider allzu berechtigte Befürchtung, daß die Beschlagnahme von Ziegen- und leichten Kalbfellen die Feinleder-, Lederwaren- und andere damit im Zusammenhang stehende Nebenbranchen zum völligen Stillstand bringen wird.

Aus bekannnten Gründen sind alle Wünsche un-angebracht, die dahin gehen, die Regierung möge die Beschlagnahme von Schaffelle zugunsten der Leder-warenindustrie wieder aufheben. Die Heeresver-waltung benötigt jedes Schaffell, sie soll es haben. Anders liegt die Sache aber schon bei den Kalb-fellen. Infolge ihres organisatorischen Einflusses ist es der Schuhindustrie gelungen, einen verhältnis-mäßig größeren Prozentanteil freigegebener Leder für sich zu sichern. Dabei besteht die Gefahr, daß die Schuhindustrie leichte, sonst für sie ungeeignete Kalbfelle zu Futterzwecken reklamiert und damit das wichtigste Rohprodukt der Lederwarenindustrie ent-zieht. Es müßte deshalb der Regierung auf schnellstem Wege nahegelegt werden, die leichten Kalbfelle für Lederwarenbedürfnisse freizugeben und die Schuhindustrie zu veranlassen, zu Futterzwecken Ersatzstoffe zu verwenden, wie das bei der Leder-warenindustrie bereits der Fall ist.“

Stehen die leichten Kalbfelle der Lederwaren-industrie nicht mehr zur Verfügung, so droht die Ge-fahr einer gänzlichen Stilllegung der Betriebe. Das Kalblleder ist vielfach schon ein Ersatzmittel für das teure Hind- und billigere Schafleder. Textil- oder Papiergewebe können als Außenmaterial feiner Lederwaren nicht in Betracht kommen. Wenn Damentaschen aus Pappebündel fabriziert werden sollen, dann werden die Damen auf den Kauf solcher Produkte gern verzichten. Lederwaren entsprechen nur ihren Anforderungen, wenn sie in der Haupt-sache aus Leder hergestellt sind. Fehlt dies Leder, dann ist es aus mit der so blühenden Industrie. Das neutrale Ausland, das zurzeit als gutzahlender Käufer auftritt, wendet sich dann den amerikanischen Produkten zu. Mit Deutschlands erster Stelle auf dem Lederwarenmarkt ist es dann vorbei.

Für die Arbeiterschaft wären die Folgen geradezu verhängnisvoll. Die Zuschrift schließt mit folgen-den Ausführungen:

„Arbeitslosigkeit, Verarmung und Verelendung einer sechshundert Millionen starken Bevölkerung wäre die Folge, wenn es nicht gelingt, die Portefeuille-industrie, wenn auch mit bescheidenen Mitteln, auf-rechtzuerhalten, bis wieder geordnete Verhältnisse eintreten und die Industrie sich aus eigener Kraft weiter entwickeln kann. Die Möglichkeit dazu ist vorhanden, wenn die maßgebenden Stellen der Regierung und des Kriegsministeriums es sich ange-legen sein lassen, die hier vorgebrachten Beschwerden und Klagen auf ihre Berechtigung nachzuprüfen und finden sie sie bestätigt, dann die im Verhältnis zum Gesamtlederverbrauch geringe, für die Lederwaren-industrie so bedeutungsvolle Menge von Kalblleder freizugeben. Es wäre zu wünschen, wenn in dieser Beziehung recht bald etwas geschähe, damit Unter-nehmer und Arbeiter von einer leicht verständlichen Unruhe und Unsicherheit befreit werden.“

der Dumme ein unnatürlicher Konkurrent sein würde.

Soll darum die Idee „Freie Bahn für das Talent“ wirklich der leitende Geist des Lebens sein, so muß neben ihm zum Durchbruch kommen der Gedanke: „Nieder mit der Dummheit!“ Nicht darf ein Dummer, nicht ein mäßiger Kopf auf einem Posten stehen, der Fähigkeiten voraussetzt. Jeder hat die Lebensarbeit zu vollbringen, für die ihn die natürliche Veranlagung bestimmt hat.

Ist das aber der Geist, der all jene beratenden „Reformen“ erfüllt. Hat schon einer jener Beschützer und Förderer des Talentes sich gegen die Dummheit gewandt? Wir werden sie! Damit brähe ja ihr ganzes Gebäude der Geldwirtschaft zusammen.

Darum wollen wir uns nicht blenden lassen von solch schönen Phrasen, wie sie jetzt üblich sind. Wer eine natürliche Harmonie des Lebens erfährt, der kann sie nur erwarten von u. s. Und darum gehören auch Scharen befähigter Männer und Frauen, die heute abwärts vom produktiven Leben geistig und seelisch schmachten, in unsere Reihen. Bei uns können sie sich schon heute entfalten und ihren lebendigen, drängenden Geist verwerten zum Kampfe aus diesem Chaos von heute zu einer neuen harmonischen Zukunftswelt.

Kein geheimes Wild. Der Sattler Karl Bruno Hofmann stellte sich als einen von den organisierten Gehilfen verfolgten Mann hin, weil er im Jahre 1910 während des Sattlerstreiks in Leipzig Arbeitswilligendste geleistet hat. Der Geschäftsführer der betreffenden Firma erklärte dazu, daß dem H. „aus Pietät“ aller Schutz der Firma zuteil geworden ist und daß die übrigen Arbeiter auf seine (des Zeugen) Vorstellungen hin auch ein Einsehen gehabt hätten. Aber H. hätte den Unwillen seiner Mitarbeiter zum Teil auch durch eigene Schuld verdient. Der Zeuge bestätigte darauf die Ansicht des Vorsitzenden, daß es nicht zutrefte, wenn H. sich jetzt gewissermaßen als ein geheimes Wild hinstelle. H. war des Betruges gegen die Ortskrankenkasse und der gewinnfüchtigen Urkundenfälschung angeklagt und stellte sich als das Opfer einer hundsgemeinen Denunziation und Verfolgung hin. H. steht bei der Ortskrankenkasse schon lange im Verdacht der Simulation, hat bereits tausende Marke Krankenunterstützung bezogen und hat sich geweigert, ins Krankenhaus zu gehen. Er hat, während er Krankenunterstützung bezog, für einige Firmen Hausarbeiten gefertigt, behauptet aber, daß er nicht selbst gearbeitet, sondern damit andere Arbeiter beschäftigt habe. Das letztere bewies er auch durch Zeugen. Daß er selbst gearbeitet habe, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Er behauptete, daß er die in Frage kommenden Arbeiten (Patronentaschen) wegen eines Daumenschadens gar nicht selbst leisten könne. Es wurde auch festgestellt, daß er solche Näharbeiten schon früher nicht geleistet habe. Insofern konnte ihm nicht nachgewiesen werden, daß er wahrheitswidrige Angaben gemacht habe, ebenso hat der Arzt auch einen Halskatarth festgestellt. Er wäre aber wegen dieses Leidens nicht als erwerbsunfähig krank geschrieben worden, wenn man gewußt hätte, daß er sich mit Hausarbeiten beschäftigte, man hätte vielmehr angenommen, er sei in einem Betriebe als Arbeiter beschäftigt. Was die Urkundenfälschung anbetrifft, so hatte der Angeklagte sich bei einer Firma als „B. Müller“ eingeführt und hat auch Quittungen mit diesem Namen unterschrieben. Zu seiner Entschuldigung führte er an, er habe gefürchtet, von den Sattlern verfolgt zu werden, und er würde die Arbeit nicht erhalten haben, wenn er unter seinem eigenen Namen aufträte. Das Landgericht sprach ihn von der Anklage des Betruges gegen die Ortskrankenkasse frei, verurteilte ihn aber wegen gewinnfüchtiger Urkundenfälschung unter Annahme mildernder Umstände zu zwei Wochen Gefängnis.

Dieser Sattler Hofmann war im September 1910 der Hauptbelastungszeuge gegen eine Anzahl Sattler, welche bei dem Streik im Frühjahr 1910 in Leipzig ihn und einige Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit bei der Firma Winterstein veranlassen wollten. Fünf Kollegen, von denen einer bereits auf dem Schlachtfelde gefallen ist, wurden damals zu Gefängnisstrafen von 8, 10 und 14 Tagen verurteilt. Da das Urteil noch nicht rechtskräftig geworden ist, versagen wir uns heute, näher auf diese Sache einzugehen.

Gemeinschaftsarbeit der Unternehmer-Zentralisationen. Die beiden großen Unternehmerverbände, der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen, die während des Krieges in einem Kriegsausschuß der deutschen Industrie zusammengewirkt, wollen diese Gemeinschaftsarbeit auch nach dem Kriege fortsetzen. Sie haben deshalb durch ihre leitenden Ausschüsse einen „Deutschen Industrierrat“ eingesetzt, dem auch der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands angehört. Der „Deutsche Industrierrat“ soll unter voller Aufrechterhaltung der Selbständigkeit

der einzelnen Organisationen fortan die einheitliche Interessenvertretung der deutschen Industrie darstellen und sich die gemeinsame Behandlung aller, die Interessen der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit berührenden wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen nach Maßgabe der festgestellten Satzungen zur Aufgabe machen. Er wird aus 54 Mitgliedern bestehen, von denen je 25 aus den Kreisen der dem Zentralverbande Deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen angeschlossenen Industriegruppen zu bestellen sowie vier Mitglieder vom Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands abzuordnen sind. Die Geschäftsführung des „Deutschen Industrierrates“ wird in den Händen der Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen liegen.

Das Beispiel der Unternehmerverbände sollte ein Ansporn für die Arbeiter- und Angestelltenverbände auf gewerkschaftlichem Boden sein, auch ihrerseits der dauernden Gemeinschaftsarbeit nach dem Kriege in irgendeiner Form näher zu treten, denn nach dem neuerlichen Bekenntnis der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zum „Herr-im-Hause-Standpunkt“ wird es nach dem Kriege an Gelegenheiten nicht fehlen, in denen die Arbeiter- und Angestelltenschaft nur dann berechtigten Wünschen Geltung zu verschaffen vermag, wenn sie das ganze Schwerk Gewicht geeinter Solidarität in die Waagschale werfen kann!

Die Frauennarbeit im Kriege. In einem Bericht des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe über die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sind auch Mitteilungen enthalten über einen im Ausschuß gehaltenen Vortrag des Staatssekretärs Dr. Helfferich. Ueber die durch den Krieg hervorgerufene Zerstörung und Umschichtung von Arbeitskräften sagte er: „Die vielen Toten, die größtenteils in fremder Erde begraben liegen, die Millionen von Kriegsbeschädigten, die, in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt, zurückkehren werden, stellen eine Zerstörung menschlicher Arbeit dar, wie sie kaum jemals auch nur in ähnlichem Umfang stattgefunden hat. Aber mit der Zerstörung hat es nicht sein Bewenden. Die Frage der menschlichen Arbeitskräfte ist in diesem Kriege eines der brennendsten Probleme. Gewaltig sind die Verschiebungen, die der Krieg hervorgerufen hat. In der Landwirtschaft, in der Gärtnerei und so weiter betrug die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte am

1. Juli 1914 32 v. H., heute macht sie 45 v. H. aus. Bei der Hüttenindustrie, bei der Metallverarbeitungsindustrie, der Maschinenindustrie usw. betrug die Anzahl der weiblichen Arbeitskräfte im Jahre 1914 nur 7 v. H., heute beträgt sie 19 v. H. Bei der elektrischen Industrie ist der Prozentfuß der weiblichen Arbeitskräfte von 24 v. H. vor dem Kriege jetzt auf 55 v. H. gestiegen. In der chemischen Industrie ist der Prozentfuß der weiblichen Arbeitskräfte von 7 v. H. vor dem Kriege auf 23 v. H. gestiegen. In der Textilindustrie ist der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte von 54 auf 64 v. H. gestiegen. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe sehen wir eine Steigerung von 15 auf 26 v. H., in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von 48 auf 60 v. H., in der Bekleidungsindustrie von 55 auf 64 v. H., und im Baugewerbe endlich sehen wir eine Steigerung von 3 auf 9 v. H.

Diese Verschiebungen werden nach dem Friedensschluß wohl zum Teil wieder rückgängig gemacht werden. Aber nur zum Teil. Eine erhebliche Ausdehnung der Frauennarbeit auf ihr früher verschlossene Berufe wird wohl bleiben. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen müssen gezogen werden.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Arbeitslosenstatistik.

Sonnabend, den 25. November, ist die graue Karte auszufüllen und bis spätestens den 4. Dezember an die Hauptverwaltung einzusenden.

Sterbetafel.

Den Helldent auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder

Johann Pütterich, Dresden, 33 Jahre alt.

Wilhelm Kuhn, Mannheim, 29 Jahre alt.

Paul Werner, Mannheim, 31 Jahre alt.

Georg Haus, Wülheim a. M., 20 Jahre alt.

Fritz Kessel, Berlin, 19 Jahre alt.

Wilhelm Müller, Berlin, 32 Jahre alt.

Hermann Rehmeklau, 31 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Ich suche für sofort oder später

tüchtigen Vorarbeiter,

welcher speziell auf Sandkoffer und Reisetaschen eingearbeitet ist. Stellung ist dauernd und gut bezahlt. Ausführliche Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und Referenzen erbittet

Alfred Stück, Kofferfabrik, Mainz.

Militär-Geschirrsattler

stellen dauernd ein. Reisegeldvergütung nach 4 Wochen.

F. Martens & Co., Stralsund.

Wir stellen gelernte

Sattler

auf Militärarbeiten, speziell Geschirre, ein. Bei schriftlichen Meldungen sind Angaben über Alter und Militärverhältnis zu machen.

Friedrich Kirchner, G. m. b. H., Lederwarenfabrik, Remscheid.

In allen Militärarbeiten erfahrener

Sattler als Vorarbeiter

nach Lehr in Baden gesucht. Gest. ausführliche Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, der Lohnforderung, Familienverhältnisse usw. erbeten an L. Estelmann, Fabrik für Seccedanzrüstung, Straßburg im Elsaß, Trantgasse 9.

Tüchtige Sattler

für Militärarbeit gesucht. Friedr. Schrader, Hannover, Herschelstraße 84.

Sattler

auf Geschirre und andere Militärarbeit in dauernder Beschäftigung gesucht.

Ernst Scheffler, Lederwarenfabrik, Chemnitz, Ludwigstr. 28.

Rosshaar

kauft zu guten Tagespreisen Erich Perseke, Stettin-Zabelsdorf, Pflaßwaren- und Bürstenfabrik.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.